



Public Affairs

Richtlinie zur Politischen Kommunikation

Die Commerzbank ist die führende Bank für den Mittelstand und starke Partnerin von rund 24.000 Firmenkundenverbänden. Mit einem angelegten Vermögen von mehr als 400 Mrd. Euro ist die Commerzbank zugleich eine der führenden Banken für Privat- und Unternehmenskunden in Deutschland. In den zwei Geschäftsbereichen – Privat- und Unternehmenskunden sowie Firmenkunden – bietet die Bank ein umfassendes Portfolio an Finanzdienstleistungen. Die Commerzbank wickelt rund 30 Prozent des deutschen Außenhandels ab und ist im Firmenkundengeschäft international in mehr als 40 Ländern vertreten. Die Bank konzentriert sich dabei auf den deutschen Mittelstand, Großunternehmen sowie institutionelle Kunden. Damit kommt ihr eine wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Verantwortung zu. Die Commerzbank ist als national systemrelevant eingestuft.

„Kontaktpflege zwischen dem Gemeinwohl verpflichteten Politikern und Beamten einerseits und Organisationen mit partikularen Zielen andererseits ist legitim. Sie bezweckt den Austausch von Informationen und den Abgleich unterschiedlicher Auffassungen und Situationsanalysen.“

Sie ermöglicht den Vortrag partikularer Forderungen oder Erwartungen an die Politik und setzt sie damit dem öffentlichen Disput widersprechender Anliegen aus. Dadurch dient sie dem allseitigen besseren Verständnis und fördert am Gemeinwohl orientierte Sachentscheidungen.“

Folglich erwarten Politik und Öffentlichkeit Stellungnahmen zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen. Im aktiven und konstruktiven Dialog mit Stakeholdern nutzt die Commerzbank deshalb die Möglichkeit, die unterschiedlichen Erwartungen und Bedürfnisse ihrer Anspruchsgruppen kennenzulernen, sie gegebenenfalls als Entscheidungs- und Planungshilfe für die Unternehmensstrategie zu verwenden sowie die eigenen Sichtweisen – auch auf politischer Ebene – darzulegen.

Mit dem Aufbau des Bereichs „Public Affairs“ und damit der Vernetzung unserer Verbindungsbüros Berlin und Brüssel mit dem Issue Management in Frankfurt sowie der Verbindungsstelle beim International Institute of Finance (IIF) in Washington D.C. wird die Commerzbank ihrer gewachsenen politischen Verantwortung gerecht. Mit ihrer Interessenvertretung ist sie Bestandteil des demokratischen Meinungsbildungsprozesses und will am Gemeinwohl orientierte, sachgerechte und fachlich fundierte Entscheidungen fördern. Im Vordergrund steht hierbei, Banken- und Finanzmarktthemen zu erläutern. So unterstützen wir Politik und Verwaltung beim Auf- und Ausbau branchenbezogenen Wissens als Grundlage für sachgerechte Entscheidungen. Diesen Ansatz bezeichnen wir als „Smart Lobbying“.

Die Commerzbank legt dabei großen Wert auf eine integrierte und fachlich fundierte Kommunikation gegenüber politischen Akteurinnen und Akteuren sowie Verbänden und der Öffentlichkeit. Dabei entwickelt sie Strukturen und Plattformen für die politische Kommunikation und stützt sich nicht ausschließlich auf persönliche Netzwerke. Bereits etablierte Strukturen ermöglichen darüber hinaus Kontinuität, auch bei regelmäßigen Veränderungen in der Politik.

Der Bereich Public Affairs verfolgt die aktuellen politischen und regulatorischen Debatten in Deutschland, Europa und international. Dazu beobachten und analysieren wir Gesetzesvorhaben und entwickeln eigene Positionen zu relevanten Themen.

Darüber hinaus stehen wir in engem Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Forschung. Die Commerzbank beteiligt sich an Veranstaltungen zu politisch relevanten Fragen und pflegt einen offenen und transparenten Dialog mit den politisch und gesellschaftlich bedeutsamen Akteuren.

Die Commerzbank begrüßt Initiativen für mehr Transparenz bezüglich der Beteiligung von Interessenvertretenden an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Hierzu gehört es, dass wir seit dem Jahr 2022 im [deutschen Lobbyregister](#) (LobbyReg) für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen sind. Hier berichten wir über unsere handelnden Personen, Mitgliedschaften, jährliche Aufwendungen sowie Ziele der politischen Interessenvertretung. Seit März 2025 sind wir zudem auch im [Hessischen Lobbyregister](#) (HessLobbyReg) registriert. Darüber hinaus ist die Commerzbank bereits seit dem Jahr 2008 im [Europäischen Transparenzregister](#) eingetragen und berichtet auch hier über handelnde Personen, Mitgliedschaften und jährliche Aufwendungen im Rahmen der politischen Interessenvertretung. Die Berichtspflichten zur Einhaltung des amerikanischen Lobbying Disclosure Act (LDA) übernimmt der IIF hinsichtlich der unterstützenden Aktivitäten im Rahmen unserer Verbindungsstelle in Washington D.C.

Zugleich akzeptiert die Commerzbank den [Verhaltenskodex für Interessenvertreterinnen und Vertreter](#) im Rahmen des Lobbyregistergesetzes, die [Richtlinie zur Kontaktpflege im politischen Raum](#) des Deutschen Rats für Public Relations (DRPR) und die [Prinzipien des politischen Lobbying](#) des Bankenverbandes (BdB).

Grundsätze der politischen Interessensvertretung

Integrität und Vertrauenswürdigkeit sind die Geschäftsgrundlage der Commerzbank.

In Übereinstimmung mit unseren Unternehmenswerten, unseren Verhaltensgrundsätzen (Yellow Compass – Code of Conduct), Leitlinien zur unternehmerischen Verantwortung und unserer Nachhaltigkeitsstrategie bekennen wir uns zu einer politischen Interessenvertretung, die unseren öffentlich vertretenen Positionen nicht widerspricht (One-Voice).

Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit, und Integrität sind aus unserer Sicht unabdingbare Voraussetzung für eine seriöse Politikberatung.

Vertrauenswürdigkeit durch Transparenz

Unternehmensvertreterinnen und -vertreter (und im Auftrag der Bank handelnde Beraterinnen und Berater) sind gemäß LobbyRG und EU-TR verpflichtet, sich im Umgang mit politischen Akteuren und anderen Interessenvertretungen von Unternehmen als Vertreterinnen und Vertreter der Commerzbank AG unter Angabe ihrer Funktion und ihres Anliegens zu erkennen zu geben und beim erstmaligen Kontakt mit der Politik auf den entsprechenden Registereintrag hinzuweisen.

Es gilt, offen die Geschäftsinteressen der Bank zu erklären und sicherzustellen, dass die bereitgestellten Informationen den aktuellen Wissensstand der Bank widerspiegeln, vollständig und nicht irreführend sind.

Die Commerzbank leistet als Unternehmen keine Spenden an politische Parteien. Mitgliedsbeiträge an politisch-relevante Verbände gelten dabei nicht als Spenden. Die Verbände, in denen die Commerzbank Mitglied ist, spenden in eigener Verantwortung und nach den jeweiligen gesetzlichen Regeln, insbesondere unter Beachtung von Parteiengesetzen.

Ehrlichkeit, Integrität und Lauterkeit

Die Commerzbank agiert nicht parteipolitisch und ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften (bspw. LobbyReg, HessLobbyReg, EU-TR, US-LDA) sicherzustellen und redlich zu handeln.

Demnach verpflichtet sich die Commerzbank im Rahmen ihrer politischen Interessenvertretung Informationen nicht auf unlautere Weise zu beschaffen oder auf unlautere Weise auf Entscheidungen einzuwirken und auch keine diesbezüglichen Versuche zu unternehmen:

- Geschenke an öffentliche Amtsträgerinnen und Amtsträger, Politisch Exponierte Personen (PEPs) wie Vertreterinnen und Vertreter öffentlicher Institutionen, Beamtinnen und Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes und Politikerinnen und Politiker sind im Rahmen der Interessenvertretung unzulässig. Ausnahmen sind in diesem Zusammenhang nur zulässig für kleine Aufmerksamkeiten im Rahmen z.B. von Veranstaltungen, die bei strikter Einhaltung des Transparenzgebots gegenüber der Öffentlichkeit den Respekt des Konzerns vor dem öffentlichen Amt oder der politischen Rolle zum Ausdruck bringen. Diese Zuwendungen sind genehmigungspflichtig und werden dokumentiert.
- Andere materielle Vergünstigungen – wie Einladungen, Veranstaltungen, Unterstützungen etc. – müssen dem Informationsaustausch dienen, sich in einem angemessenen Rahmen bewegen und dürfen nicht aufgrund unlauterer Motive erfolgen.
- Vertrauliche Informationen, die Interessenvertretende im Rahmen ihrer Tätigkeit erhalten, werden nur in zulässiger und jeweils vereinbarter Weise verwendet oder weitergegeben.
- Interessenvertretende unterlassen es zudem, ein nicht bestehendes Auftrags-, Nähe- oder Beratungsverhältnis zu politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern einzunehmen.